

ten.³⁰ Dieser Rückhalt an der Monarchie war naheliegend, spielte doch bis zum deutlichen Mandatsgewinn der Oppositionsgruppe von Dr. Wilhelm Beck im Jahre 1918 nicht der Landtag, sondern der vom Monarchen bestellte Landesverweser und dessen Beamte die politisch entscheidende Rolle im Lande. Im L. V. begegnete man der Entstehung von Parteien mit Argwohn,³¹ sah man in ihnen doch eine Gefahr für den Staat,³² obwohl der Wahlausgang von 1918 die politische Gruppe um das L. V. zur Parteibildung zwang, wollte sie als gleichwertiger Gegenpart zur Volkspartei auftreten. Einer der prominentesten Gegner von Parteibildungen war Dr. Albert Schaedler. Sein politisches Bekenntnis legt er in seiner Familienchronik³³ dar. Hier begründet er seine gegenüber Parteibildungen ablehnende Haltung damit: «Da (in einem so kleinen Ländchen) wird, wenn das politische Parteileben einzieht, leicht so Vieles nur persönlich gemessen, die sachlichen Gründe und Werturteile treten in den Hintergrund, die gelegentlichen Auseinandersetzungen nehmen einen gereizten Ton an, alles wächst immer mehr zu persönlichen Kämpfen und öffentlichen Zerwürfnissen aus, und der Unfriede, der noch nie Segen brachte, führt das Regiment im Lande.» Aus diesen Ausführungen spricht ein pessimistischer politischer Grundton gegenüber Parteibildungen. Seiner Auffassung nach schaffen Parteien neue Probleme anstatt die bestehenden zu beseitigen. Parteibildungen führten zu Spaltungen im Volke, die es verunmöglichten, daß ein Land von seinen besten Männern regiert werde.³⁴ Die Einsicht in die Notwen-

³⁰ Vgl. L. V. Nr. 1, 4. Januar 1918 und Nr. 101, 20. Dezember 1919 (Ist die Errichtung einer Bürgerwehr in Liechtenstein notwendig).

³¹ Siehe dazu L. V. Nr. 8, 22. Februar 1918 (Sand in den Augen).

³² Diese Ansicht wird im L. V. Nr. 10, 8. März 1918 (Einige Gedanken über Parteiwesen) vertreten: «Ich selbst bin der Meinung, daß in einem Landtage von 15 Mitgliedern eine Spaltung in Parteien ein Luxus ist, der unser Volk teuer zu stehen kommen kann. Denn zu groß ist die Gefahr, daß die Politik dann eine stark persönliche Färbung bekommen wird, daß dann das reine Bestreben, nur das Landeswohl zu fördern, ungewollt verdunkelt wird. Und in manchen Staaten wurde es erlebt, daß Parteien das Staatswohl mit dem Parteiwohl verwechselt haben.»

³³ Exemplar der Landesbibliothek 80, abgedruckt auch im JBL 21, 34 f.

³⁴ Vgl. Hermens F. A., 185.